

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6908.

Zustellungsgebühr
Für die sechsgepaltene Kolonelliste 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Der internationale Boykott gegen Ungarn An die Arbeiter aller Länder!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat beschlossen, vom 20. Juni an Ungarn zu boykottieren und jeden Verkehr mit diesem Lande völlig abzubrechen.

Es ist nun beinahe ein Jahr her, seit die sogenannten „ordnungsliebenden Elemente“ in Ungarn die Regierung ergriffen haben. Von diesem Augenblick an wurde die Arbeiterbewegung Unterdrückungen und Verfolgungen ausgesetzt, die ohnegleichen sind in der Geschichte der Arbeiterbewegung und bei weitem noch alle Greueln des einstigen russischen Faschismus übertreffen.

Es genügt, Mitglied einer nicht konfessionellen Vereinigung zu sein, um ins Gefängnis geworfen zu werden; eine anonyme Denunziation ist hinreichend, um verhaftet und in ein Gefängnis gesperrt zu werden.

Bereits zu Beginn dieses Jahres befanden sich in den Gefängnissen in Hajmáster 9000 Männer und Frauen, Szepel 4000, Balassagyörgy 2400, Eger 2000, Cegléd 3000 und Komárom 2000. Insgesamt wurden 50.000 Männer und Frauen gefangen genommen. Die Gefängnisse in den Städten sind überfüllt, die Gefangenen den grausamsten und raffiniertesten Martern ausgesetzt. 5000 Arbeiter waren bereits zu Beginn dieses Jahres zum Tode verurteilt. Tausende und Tausende wurden ohne jegliches vorheriges Prozessverfahren von den Offiziersbanden ermordet. Tausende sterben langsam an Hunger, Unterernährung und Krankheit dahin. Die reaktionären Offiziersdetachements sind allmächtig. Wer in ihre Hände fällt, ist verloren; ihre Schlachtopfer werden gemartert und schließlich totgeschlagen. Es ist vorzuziehen, daß die Unglücklichen bei lebendigem Leibe spaliert, ihnen Arme und Beine entzweiwegbrochen oder daß sie gezwungen wurden, ihre eigenen Extremitäten zu essen oder Menschenfleisch zu verzehren. Männer wurden kastriert, anderen ihre Geschlechtsleiste mit Steinen zermalmt. Alle diese Fälle sind nachgewiesen und durch Zeugen unter Eid festgestellt.

Männer und Väter wurden vor den Augen ihrer Frauen und Kinder gemartert und getötet. Frauen und Mädchen vor den Augen ihrer Männer und Väter geschändet. Täglich verschwinden Männer und Frauen aus der kämpfenden Arbeiterbewegung und man findet sie nur wieder als Leichen, ermordet, erschossen, totgeprügelt, ertrunken und oft in der furchterlichsten Weise verstümmelt.

Der internationale Gewerkschaftsbund hat gegen diese Greuel bei der ungarischen Regierung sowohl wie beim Obersten Rat des Völkerbundes protestiert und verlangt, daß Maßregeln ergriffen werden, um all diesen Greueln ein Ende zu machen. Dieser Schritt blieb erfolglos. Der weiße Terror herrscht nach wie vor in Ungarn. Der Oberste Rat des Völkerbundes kann oder will offenbar nicht den nötigen Druck auf die ungarische Regierung ausüben. Die Regierung selbst will die Greuel in ihrem Lande nicht zügeln und läßt sie entweder geschlossenen Auges geschehen oder ermutigt sie.

Aus offiziellen Dokumenten der ungarischen Regierung, die sich im Besitze des Internationalen Gewerkschaftsbundes befinden, geht hervor, daß die Regierung die Richter anspornt, die Gefangenen zu verurteilen, auch wenn keine genügenden Beweise für das, was man in Ungarn „Schuld“ nennt, vorliegen und auf das „Unschädlichmachen“, d. h. die Ermordung und der ins Ausland geschickten Arbeiterführer Prämien gesetzt hat in der Höhe von 20.000 bis 250.000 Kronen.

Alle diese Taten sind bekannt und erwiesen. Die Regierungen, denen sie bekannt sind, sind nicht gewillt, einzugreifen und frohlocken vielmehr, daß die Arbeiterbewegung Ungarns niedergeschlagen und ermordet wird.

Der Internationale Gewerkschaftsbund übernimmt die Aufgabe der Regierungen und ruft die Arbeiter aller Länder auf, ab Sonntag den 20. Juni jede Arbeit zu verweigern, die dem Ungarn des weißen Terrors direkt oder indirekt zugute kommen würde.

Ab Sonntag den 20. Juni darf kein Zug die ungarische Grenze passieren, kein Schiff in Ungarn einfahren, kein Brief, kein Telegramm von oder nach Ungarn weiterbefördert werden. Der ganze Verkehr muß stillgelegt werden. Keine Steinkohle, keine Kohlstoffe, keine Lebensmittel, kein Brief und kein Telegramm dürfen mehr ins Land.

Während des Krieges hat die herrschende Klasse in den kriegsführenden Ländern ihre Gegner mit der Waffe des wirtschaftlichen Boykotts bekämpft. Nach dem Kriege gebrauchte sie dieselbe Waffe und trachtet sie weiter anzuwenden, um die zähe Arbeiterbewegung zu erdrosseln.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft die Arbeiter aller Länder auf, nunmehr basellose Mittel anzuwenden, um dem Blutregime der ungarischen Regierung Einhalt zu gebieten und Leben und Freiheit von Tausenden und Tausenden Genossen in Ungarn zu retten.

Genossen! Transportarbeiter, Seeleute, Eisenbahnarbeiter und Beamte, Post- und Telegraphenangestellte, Arbeiter aller Berufe, leistet alle wie ein Mann dem Rufe des Internationalen Gewerkschaftsbundes Folge!

Berichtet ab Sonntag den 20. Juni keinerlei Arbeit mehr für Ungarn!

Gegen den weißen Terror der proletarische Boykott!
Hoch die internationale Solidarität!

Der internationale Gewerkschaftsbund:
W. A. Appleton, Vorsitzender.
L. Jouhaux, E. Mertens, Vizevorsitzende.
Edo Fimmen, J. Dubegeest, Sekretäre.

Die Betriebsräte und ihre Zusammenfassung im Deutschen Metallarbeiter-Verband

In eingehender Beratung hat der erweiterte Beirat unseres Verbandes zu dieser hochwichtigen Frage Stellung genommen. Das mußte geschehen. Die erstmalige Wahl der Betriebsräte liegt hinter uns und kann als abgeschlossen betrachtet werden. Nunmehr gilt es, der Zusammenfassung und damit dem gemeinsamen Wirken der Betriebsräte diejenigen Formen zu geben, die den Aufgaben der Betriebsräte entsprechen und den Gesamtinteressen des Proletariats dienen. Betriebsräte, Gewerkschaften und revolutionäre Arbeiterbewegung sind nicht losgelöst voneinander zu betrachten, sie bilden vielmehr ein untrennbares Ganzes. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, trat auch der erweiterte Beirat unserer Organisation an die ihm gestellten Fragen heran. In ihren ersten Grundzügen hatte der erweiterte Beirat schon seine Auffassung niedergelegt bei seiner Tagung im Februar dieses Jahres. Damals handelte es sich um die Wahl der Betriebsräte und die ihr vorausgehende Kandidatenaufstellung. Gegen wenige Stimmen lehnte damals der erweiterte Beirat eine Aufstellung der Kandidaten nach getrennten Parteilisten ab. Er konnte sich mit guten Gründen auf die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages, deren Anerkennung in der praktischen Ausführung der Beschlüsse von jedem Verbandsmitgliede zu verlangen ist. Der damalige Beschluß lautete:

1. Die Durchführung der Wahl der Betriebsräte ist Aufgabe der Gewerkschaften und hat einheitlich und geschlossen gegenüber unserer gewerkschaftlichen Organisationen zu erfolgen.
2. Die Aufstellung der Kandidaten ist vorzunehmen auf der Grundlage und unter Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages.
3. Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, jederzeit sein Amt als Mitglied des Betriebsrates niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber resp. von seiner Organisation dazu aufgefordert wird.

Mit diesem Beschluß brachte der erweiterte Beirat zum Ausdruck, daß er die Betriebsräte nicht losgelöst von der Gewerkschaftsorganisation betrachtet, kann und will, sondern daß Betriebsräte und Gewerkschaften zusammengehören, gemeinsame Glieder einer wirtschaftlichen Kampforganisation des Proletariats sind. Schon auf der Februartagung des erweiterten Beirats wurde in eingehender Begründung nachgewiesen, daß die Aufgaben der Betriebsräte von denen einer Gewerkschaft nicht getrennt werden können. Wollen wir die Gewerkschaften auf revolutionären Kampfgebieten stellen — das ist auf unserem Stuttgarter Verbandstag geschehen und alle anderen Gewerkschaften müssen folgen, keine Gewerkschaft kann sich auf die Dauer diesem zwingenden Gebot unserer Zeit entziehen! — dann müssen sie gemeinsam mit den Betriebsräten über die Lage der Arbeiter des engeren Betriebes hinaus nachvollstehen, dem revolutionären Ziel alle Kräfte widmen: Beseitigung des Kapitalismus, Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Und weil es sich hier um gemeinsame Aufgaben von Betriebsräten und Gewerkschaften handelt, weil sich diese Aufgaben gar nicht nach getrennten Körperschaften trennen lassen, sondern die Betriebsräte in vielen Fällen im direkten Auftrag der Gewerkschaften und als deren Vertreter ihre Funktionen ausüben, weil die Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften zusammenhängen und ineinander aufgehen, eben deshalb konnte der erweiterte Beirat einer besonderen Organisation der Betriebsräte, losgelöst von der Gewerkschaft, nicht zustimmen. Eine besondere, selbständige Betriebsräteorganisation würde dauernde Reibungen und Differenzen erzeugen, deren Folgewirkungen nicht abzusehen sind. Brechen Differenzen mit dem Unternehmer aus, die ihre Ursache in der Tätigkeit und dem Rechtsanspruch der Betriebsräte finden, so muß die Gewerkschaft mit ihrer ganzen Macht hinter dem Betriebsrat stehen. Das kann sie aber nur, wenn die Betriebsräte als Glieder innerhalb der Gewerkschaften ihre Funktionen ausüben. Dabei soll und muß selbstverständlich den Betriebsräten innerhalb der Gewerkschaften eine freie Entfaltung ihrer Tätigkeit in weitestgehendem Sinne gesichert sein, und die Gewerkschaftsorganisation hat ihnen ihre Mittel nach besten Kräften zu widmen. Es geht aber nicht an, daß die Betriebsräte in besonderer Organisation außerhalb der Gewerkschaften zusammengefaßt werden, dort ihre Richtlinien für ihr Vorgehen und Handeln empfangen, und die Gewerkschaft soll sich mit der „angenehmen“ Rolle begnügen, nachher in den mit dem Unternehmer ausbrechenden Kämpfen auszuweichen, was eine andere Organisation ihr einbrachte. Solchen „Verfahrenen“ muß vorgebeugt werden. Daher stellte der erweiterte Beirat ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften in den Vordergrund seiner Beschlüsse.

Mit erdrückender Mehrheit — gegen 12 Stimmen — wurden folgende Richtlinien beschlossen:

Die Betriebsräte und ihre Zusammenfassung im D. M. A.

Die Betriebsräte sind innerhalb des Betriebes die Vertreter der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmer und haben nach dem Betriebsrätegesetz die Aufgaben der seitherigen Arbeiterausschüsse übernommen. Diese Aufgaben fallen mit dem Arbeitsgebiet der Gewerkschaften zusammen. Die Betriebsräte sind daher als Organe der Gewerkschaften, d. h. der organisierten Gewerkschaftsmitglieder zu betrachten, in deren Auftrage und Einverständnis, mit deren Unterstützung sie handeln müssen.

Aber den Rahmen des seitherigen Tätigkeitsgebietes der Arbeiterausschüsse hinaus müssen die Betriebsräte Organe des Proletariats werden, die dazu berufen sind, mitzuwirken an der von uns zu erkämpfenden Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und dem Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens. Das Betriebsrätegesetz ist mit diesem Entschluß der Arbeiter und ihrer Vertreter (Betriebsräte) volle Bewegungsfreiheit und umfassende Arbeiterrechte zu sichern, sondern die einzelnen Paragraphen des Gesetzes sind dazu anzusetzen, die Rechte der Arbeiter einzuzwingen, ihnen in der freien Entfaltung der Kräfte Fesseln anzulegen. Diese Gemeinwesen zu beseitigen und die Arbeiterklasse zurechtzubringen im Wirtschaftskampf bis zur Durchführung einer sozialistischen Produktionsform zu erkämpfen, ist eine Aufgabe, die den Gewerkschaften zufällt. Die Gewerkschaften vertreten den Betriebsräten Kraft und Macht, sie sind es, die den Käten den Rückhalt geben, ohne den sie ihren Aufgaben nicht gerecht werden können.

Das Betätigungsfeld der Betriebsräte fällt mit dem der Gewerkschaften zusammen, es sind gemeinsame Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Die Gewerkschaften sind die wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter. Aus den Gewerkschaftsmitgliedern müssen die Betriebsräte hervorgehen, nur in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften können die Betriebsräte ihre Aufgaben im engeren Zusammenwirken von Hand- und Kopfarbeitern erfüllen.

Erforderlich ist, daß sich die Gewerkschaften auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellen, denn ein revolutionärer Kampf ist es, den sie zu führen haben, und revolutionäre Aufgaben sind es, die Gewerkschaften und Betriebsräte erfüllen müssen, wenn sie den Sozialismus mit verwirklichen wollen.

Die letzte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Kampfesystems gestellt. Aufgabe unserer Organisation ist es nunmehr, die Betriebsräte, die in der Gewerkschaftsorganisation wurzeln müssen, den großen Aufgaben zuzuführen, die ihrer fähren. Dazu gehört neben der im engeren Rahmen des Betriebsrätegesetzes liegenden Tätigkeit die Betätigung auf den Gebieten, die den Vorbereitungen zur Sozialisierung dienen. Die Betriebsräte haben sich z. B. mit allen einschlägigen Fragen zu beschäftigen, die für den Produktionsprozeß in Frage kommen.

Wir fordern das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsorganisation, Produktion, Preisbildung, den Warenabsatz usw. als Vorstufe des zu erkämpfenden alleinigen Bestimmungswortes der Schaffenden.

Als wichtige Gebiete kommen u. a. in Frage:

1. Die Organisation des Betriebes, der Industriegruppe und ihrer Zusammenhänge mit anderen Industriezweigen.
2. Die Verteilung der Arbeitskräfte, eventueller Betriebsstilllegungen, Zusammenlegungen usw.
3. Die Erhaltung des Einkaufs und die Verteilung der Rohstoffe usw.
4. Der Absatz resp. die Verteilung der Produkte.
5. Die Festlegung der Preise.

Eine Beschäftigung mit diesen Fragen bedingt ein enges Zusammenwirken der Betriebsräte nach Industrie- und Betriebsgruppen, ebenso auch innerhalb der einzelnen Industriezweige der Metallindustrie. Die gemachten Erfahrungen, Anregungen usw. sind auszutauschen, gemeinsame Probleme und Aufgaben im Zusammenwirken der Betriebsräte frei von jedem engeren Betriebssozialismus zu lösen. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte geschieht wie folgt:

A. In jeder Mitgliedschaft unseres Verbandes erfolgt durch unsere Organisation eine örtliche Zusammenfassung aller Betriebsräte der Metallindustrie, die ihre Unterleitung nach Industriegruppen erfährt (je nach Größe und Ausdehnung der einzelnen Industriezweige der Metallindustrie am Orte).

Soweit Betriebsräte, die in der Metallindustrie beschäftigt sind, einer anderen Berufsorganisation angehören, ist mit letzterer ein Einvernehmen herbeizuführen, um eine einheitliche Zusammenfassung aller Betriebsräte für die gesamte Metallindustrie zu ermöglichen. Sämtliche Betriebsräte am Orte wählen eine Kommission, die in Gemeinschaft mit der Ortsverwaltung die Geschäfte der Betriebsräte führt. Soweit eine örtliche Unterleitung nach Industriegruppen vorhanden ist, wählen die Betriebsräte der einzelnen Gruppen einen Obmann. Die Obleute der einzelnen Industriegruppen bilden zusammen die leitende Kommission. Die Leitung der Betriebsräte erhält eine Vertretung zu den Beratungen der engeren Ortsverwaltung, wie umgekehrt die Ortsverwaltung zu den Beratungen der Betriebsräte.

B. Über das engere Wirtschaftsgebiet (Verwaltungsteile) hinaus erfolgt eine Zusammenfassung der Betriebsräte der Metallindustrie allgemein wie nach Industriegruppen in der Nähe der einzelnen Bezirke unter Anlehnung an die Bezirksverwaltung und Organisation unseres Verbandes. Mit der Leitung dieser Arbeiten der Betriebsräte wird in den einzelnen Bezirken einer der Kollegen der Bezirksleitung betraut. Soweit dazu besondere Anstellungen notwendig sind, muß dies geschehen. Dem mit der Führung der Geschäfte für die Betriebsräte betrauten Kollegen (am Sitz der Bezirksleitung) ist eine Kommission beigegeben, die von den Betriebsräten des Bezirkes gewählt und bei der die einzelnen Industriegruppen zu beratschlagenden sind.

C. Am Sitz des Vorstandes werden die notwendigen Einrichtungen getroffen, um die zentralen Arbeiten und Aufgaben der Betriebsräte unter der Leitung des Vorstandes zu erledigen. Von den Betriebsräten der einzelnen Industriegruppen Deutschlands wird je ein Delegierter bestimmt, die zusammen den Beirat des Vorstandes bilden für alle zentralen Aufgaben der Betriebsräte bilden und mit ihm zu gemeinsamen Beratungen über Arbeiten und Aufgaben der Betriebsräte zusammentreten.

D. Für die zentrale Zusammenfassung und Erledigung und Arbeiten der Betriebsräte aller Industrien (Hand- und Kopfarbeiter) fordern wir:

1. Eine Vertretung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, soweit die Behandlung dieser Fragen durch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der „M.A.“ in Frage kommen.
2. Die Bestimmung eines Beirats aus den Betriebsräten der einzelnen Industrien (analog des für unsere Organisationszentrale vorgesehenen Beirats aus den Beiräten der Betriebsräte der einzelnen Industriezweige innerhalb der Metallindustrie).

Als eine besondere Aufgabe zur Fort- und Durchbildung des Betriebsrates kommt neben der Herausgabe unserer Betriebsräte-Zeitschrift die Abhaltung von Kursen für die Betriebsräte in Betracht. Letztere sind örtlich und bezirklich sowohl allgemein wie nach Industriegruppen durchzuführen und sollen ihre Fortbildung in besonderen Kursen für das Reichsgebiet erfahren.

Die Erhebung besonderer Beiträge (obligatorisch oder freiwillig) durch die Betriebsräte ist abzulehnen. Die Aufbringung der notwendigen Mittel, wie sie entsprechend diesen Richtlinien für Zwecke der Betriebsräte in Frage kommen, erfolgt durch die Gewerkschaftsorganisation.

Der erweiterte Beirat, der sein Einverständnis mit den vorstehenden Richtlinien erklärt, lehnt die Zusammenfassung der Betriebsräte in einer besonderen Organisation (Betriebsrätezentrale) ab. Die gesamten Mitglieder unseres Verbandes werden aufgefordert, im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln.

Wie aus den beschlossenen Richtlinien ersichtlich ist, vertreten wir für die Zusammenfassung der Betriebsräte aller Industrien die gleichen Grundzüge wie für unsere Organisation. Wir denken nicht daran, die Betriebsräte einfach dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes (A. d. G.) unterzuordnen, sie damit in den Dienst der Arbeitsgemeinschaften, wirtschaftsrechtlicher Bestrebungen usw. zu stellen, oder wie die liebenswürdigen Unterstellungen mehr lauten. Davon kann keine Rede sein. Den Betriebsräten soll eine aktive, auch weitgehend selbständige Betätigung gesichert sein, jedoch nicht in besonderer Organisation und nicht losgelöst von den Gewerkschaften, sondern gemeinsam mit denselben. Das bringen die vorstehenden Richtlinien zum Ausdruck. Nur gilt es, die gefassten Beschlüsse in die Praxis umzusetzen. Geschäfte, die sich dementsprechend verfahren, so wird es der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften wie der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung nur zum Vorteil gereichen.

Sitzung des erweiterten Beirats

Wir berichten zunächst über den dritten Punkt der Tagesordnung: Aussprache über die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung. Das einleitende Referat erstattete

Brandes vom Hauptvorstand, der, kurz zusammengefasst, etwa folgendes ausführte: Dem jetzigen Vorstand sind zahlreiche Schwierigkeiten bereitet, er ist von allen Seiten angegriffen und teilweise auch herabgewürdigt worden. Kein Angriff habe den Vorstand behindert, seine Arbeit fortzusetzen, wie es das Interesse des Verbandes gebot und alles daran zu setzen, um dem Verband vorwärts zu bringen.

Von seinen Gegnern konnte der Vorstand keine Hilfe erwarten; aber auch seine Freunde, die ihn gewählt, glaubte der Vorstand rechnen zu können. In den letzten Wochen vor der Reichstagswahl haben sich die Angriffe auf den Vorstand wieder vermehrt und die Schleusen der Verleumdung sind weit geöffnet worden. Das Material zu diesen Angriffen war von unseren politischen Freunden geliefert; diese haben uns vorgeworfen, wir seien wirtschaftsfeindlich und mitschuldig an den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages. Dies war der schwerste Vorwurf, der uns treffen konnte. Redner führt auf, was die Resolution Mich. Müller verlangt und weist nach, dass vom Vorstand unter strenger Beachtung der Verbandsratsbeschlüsse gearbeitet worden sei, wir haben alles daran gesetzt, die Kollegen von der Notwendigkeit der sozialistischen Produktion zu überzeugen. Der Vorstand propagiert Industriebetriebe; er hat das Möglichste getan, um die Metallarbeiterorganisationen zu einer Einheitsorganisation zusammenzufassen; er hat Verbindungen mit den Kopparbeitern angeknüpft, die sich auszuweiten werden; er hat heftige Kämpfe mit den Kollegen ausgefochten, die die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern forderter und unsere Mitglieder aus den Arbeitsgewerkschaften herausgedrängt, wo sie bereits eingetreten waren; er hat das Material propagiert und eine Menge Geld eingesetzt, um die Betriebsräte zu schulen. Nach seiner Auffassung hat der Vorstand alles getan, um die Resolution Müller durchzuführen. Nur eines hat der Vorstand abgesehen, die Unterordnung unter eine bestimmte Rätezentrale; wir wollen keine Unterordnung, sondern Gleichberechtigung. Aus diesem Grund sind Differenzen entstanden, nicht mit der Redaktion, sondern mit dem Redakteur R. Müller, die sich im Laufe der Zeit immer mehr verschärft haben. R. Müller hat eine förmliche Sucht, das Gegenteil von dem zu tun, was der Vorstand macht und der Verbandstag beschließt. Müller ist vom Verbandstag in Stuttgart sofort nach Halle geschickt und hat dort auf der Konferenz der Betriebsräte die gleiche Resolution wie in Stuttgart eingebracht, aber mit einem Passus, der die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Betriebsräte vorsieht. Der Passus war auch in der Vorlage, die der Mehrheit des Stuttgarter Verbandstages unterbreitet wurde und ist dort einstimmig abgelehnt worden. Das hindert R. Müller nicht, sie auf jeder Halle Konferenz beizubringen zu lassen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind für den Aufbau der sozialen Wirtschaft dringend notwendig und müssen erhalten bleiben. Wir dürfen in keinem Teil zu ihrer Festigung beitragen. Die Betriebsrätezentrale in Berlin arbeitet in bestimmter Beziehung gegen die Gewerkschaften und vertritt unsere geschlossenen Reihen; verschiedene Vorgänge beweisen das. R. Müller, als Hauptorgan der Funktionäre des Verbandes, ist dabei fast beteiligt. Im Hauptberuf Redakteur der M. A. Z., ist Müller zugleich an leitender Stelle in der Geschäftsstelle der Betriebsrätezentrale in Berlin, er übt also einen doppelten Hauptberuf aus. Müller muß sich entscheiden, ob er künftig in Berlin oder in Stuttgart seinen Hauptberuf ausüben will. Der Vorstand kann im Interesse der Organisation nicht mehr länger mit ansehen, daß Maßnahmen des Verbandes durch die Doppelstellung von Müller durchkreuzt werden. Er muß sich bemühen, welche Verpflichtungen der Organisation gegenüber vorliegen. Der Vorstand ist der Auffassung, daß von Vorstand und Zeitung nur eine Verbandspolizei betrieben werden darf, die der Kampf und den Aufgaben des Verbandes entspricht. Wir sind voll einverstanden, wenn Müller von uns Schärfe und Spitzfindigkeit verlangt, aber immer im Sinne des Stuttgarter Generalversammlungsbeschlusses und nicht im Sinne der Betriebsrätezentrale in Berlin. Der Vorstand hat versucht, die Differenzen zu überbrücken; das Gegenteil ist eingetreten. In einer Aussprache zwischen Vorstand und R. Müller vor einigen Wochen hat letzterer verlangt, daß die Streitfrage vor dem erweiterten Beirat behandelt wird, da er die Stellung des Beirats kennen lernen will. Der Vorstand hat keine Antwort geäußert; die Redaktion hat völlige Freiheit, soweit sich diese im Rahmen der Verbandsratsbeschlüsse und im Rahmen des Verbandshandbuchs bewegt. Die Gesetze, die sich der Verband gegeben, muß auch R. Müller beachten. Er schädigt den Verband materiell und moralisch; der Vorstand hat die Pflicht zum Einsprechen. Redner geht auf einzelne Punkte ein, unter anderem verliest er ein Schreiben der A. G., das den Artikel in der M. A. Z. Nr. 21, Revolution und Betriebsräte, als unvernünftig bezeichnet und die M. A. Z. ein Revolverblatt nennt, sowie eine Erklärung des Vorstandes erwartet. Die dort abgedruckte Entschädigung sei aus dem Zusammenhang gerissen und durch andere Beschlüsse überholt. Der Vorstand kann nicht angeben, daß die Arbeit von Verbandsarbeitern mit dem Verband verbunden werden, wenn der Beirat der Stuttgarter Generalversammlung durchgesetzt werden soll, in solcher Weise herabgewürdigt wird, wie es in Nr. 21 geschieht. Der Artikel in Nr. 12 und die Erklärung von Dismann in Nr. 13 sind den Kollegen bekannt. Müller habe die Entschädigung nicht objektiv dargestellt; Dismann weiß das nach. Die Erklärung und Richtigstellung war durchaus notwendig, ebenso, daß der Vorstand aus seiner Reserve tritt. Der Artikel in Nr. 14, Der 13. März und seine Folgen, wird von Redner als weiterer Beweis dafür angeführt, daß die Schreibweise von R. Müller manchen Eintrag erzeugt. Die Erklärung des Gewerkschaftsbundes, der im März zur Abwehr des revolutionären Pathos zum Generalstreik aufrief und die Forderung des Streiks in die Hand nahm, war zu begrüßen; der genannte Artikel nimmt eine grobe, unverständliche Erklärung zu der Sache ein. Mit dieser Schreibweise legt sich die Redaktion in schärfster Weise gegen den Willen des Stuttgarter Verbandstages. Das ist ein Teil der Vorlage von Nr. 18 der M. A. Z., eingeleitet werden mußte, ist nicht Schuld des Vorstandes, wie in den unverständlichen Unterstellungen in der Zeit bekannt wurde, sondern die Schuld von R. Müller. Die Arbeit des Vorstandes ist losgerissen gewesen im Sinne der Beschlüsse des Verbandstages. Wir haben die Klassen zu schärfen versucht für die großen sozialistischen Zusammenhänge, wir haben aber auch die notwendigen Zusammenhänge in sozialistischer Weise dargestellt. So soll es auch immer sein.

Der erweiterte Beirat muß erkennen, daß er die Verbandsentscheidung über die Erklärung Müllers nicht. Einmal der Beirat dem Vorstand zu, nach dem Müller 1. Künftig in Einklang mit dem Vorstand arbeiten, 2. Eine Unterordnung in Berlin anstreben. Will er das nicht, muß er die Konsequenzen ziehen.

R. Müller: Die Angriffe des Kollegen Brandes sind nicht nur auf der Tagesordnung stehend Punkt Betriebsräte mit zu behandeln. Angriffe auf die Schreibweise der M. A. Z. lassen sich auf jeder Seite erwidern, die mir nicht politisch unangenehm ist. Bei der letzten Sitzung sprach ich jede Seite in vollem Einverständnis

mit dem Kollegen Dismann; das ist schon ein Beweis, daß sich die Stellung des Vorstandes mehr nach rechts entwickelte, also Mich. Müller nicht gegen die Verbandsratsbeschlüsse handelte. Redner bringt ausführliche persönliche Angaben über seine Tätigkeit in Stuttgart und in Berlin: Soweit Berlin in Betracht komme, sei er dort auch nicht mehr tätig, als vielleicht Dismann in der Partei. Eine Verbindung mit dem Vorstand sei oft versucht. Schon am 15. Januar wurde dem Vorstand die fehlende Fühlung schriftlich dargelegt und der Antrag gestellt, an den Vorstandssitzungen teilnehmen zu können. Am 13. Februar endlich habe eine Aussprache stattgefunden; der Antrag auf Teilnahme an den Sitzungen sei aber nicht erledigt worden. Die Schreibweise der M. A. Z. wurde erörtert und festgestellt, daß die Mehrheit des Vorstandes mit der Tendenz einverstanden. Mittlerweile war die Betriebsrätefrage brennend geworden. Eine angebahnte Verbindung mit dem Vorstand kam nicht zustande, weil die Vorstandsmitglieder zum Teil nicht anwesend waren. Am 23. März waren die Wahlen, Redner ist der Ansicht, daß er seine grundsätzliche Stellung vor der Wahl besprechen mußte. Dies geschah in der am 20. März erschienenen Nr. 12. Nun hatte es der Vorstand ellig. Redner bespricht Dismanns Abwehrartikel in Nr. 13 und eine Vorstandssitzung vom 29. März, wo ihm Dismann geistige Vertiefung der Mitglieder vorwarf und Brandes ihm heute von „Sucht“ sprach.

Aus verschiedenen Vorkommnissen schließt Redner, daß der Vorstand die Redaktion wie ein Ding behandelt, das nicht existiert. An Informationen habe es der Vorstand völlig fehlen lassen. Brandes habe keine Beweise dafür erbracht, daß seine Tätigkeit für den Verband von Nachteil für die Zeitung sei. Umgekehrt habe der Vorstand sein Anerkennen, die Betriebsräte-Zeitung zu redigieren, abgelehnt, was nicht von Vorteil für den Verband sei; denn jetzt erschienen zwei Blätter, deren Inhalt sich widerspreche. Ein Teil der Betriebsräte-Zeitung stehe außerdem im Widerspruch zum Stuttgarter Verbandsrat und für die Redaktion sei eine besondere Kraft angestellt, so daß auf Umwegen ein dritter Redakteur vorhanden sei.

Redner geht dann auf seine Stellung in der Rätefrage näher ein. Er sei nicht so blödsinnig, um zu vertreten, daß die Betriebsrätezentrale eine Unterordnung der Gewerkschaften verlangen soll. Der Artikel von Dismann in der Betriebsräte-Zeitschrift über die russischen Verhältnisse stimme nicht; die russischen Gewerkschaften sind Organe der Betriebsräte und die Sowjets stehen über den Betriebsräten. Wir müssen in logischer Fortentwicklung zum selben kommen. Mancher kennt den Unterschied zwischen den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses und denen der Stuttgarter Generalversammlung nicht mehr. Ertere fußen auf der Arbeitsgemeinschaft und wollen die Betriebsräte zu der Stellung von Arbeiterausschüssen herabdrücken. Redner verliest Stellen aus seinem Artikel in Nr. 24 der Metallarbeiter-Zeitung und betont, daß der Stuttgarter Verbandstag das wirtschaftliche Räteproblem und dessen Ausbau zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus gefordert habe. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Nürnberger Beschlüsse bekämpft und im Gegensatz dazu die Beschlüsse der Generalversammlung durchzuführen versucht werden. Die Richtlinien des Verbandes sind in Nr. 15 1919 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht. Auf dem Boden der Nürnberger Beschlüsse stehen, hat niemand Einspruch erhoben und heute wird vom Vorstand gesagt: R. Müller vertritt gegen den Verbandsratsbeschluss. Redner geht auf die historische Entwicklung der Betriebsräte und auf die Berliner Rätezentrale ein. Diese fußt auf den Verbandsratsbeschlüssen. Er spricht ferner über den Artikel in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung: Der Kampf um die Betriebsräte, und über die Vorgänge, die sich in Berlin damals abgepielt haben. Der Artikel in Nr. 12 hat den Zweck, die Stuttgarter Beschlüsse zu verteidigen und die Absicht des Gewerkschaftsbundes, unsere Mitglieder für die Nürnberger Beschlüsse einzufangen, zu verhindern zu machen. Dismann unterschreibt mir in seinem Artikel in Nr. 13 Sprengung der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung und zerreißt meinen Artikel, um seine Behauptungen zu beweisen.

Was zur Betonung der Einheit geschrieben wurde, läßt Dismann weg; er spricht der Berliner Gewerkschaftskommission seine Anerkennung aus und behauptet, der Beschluss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zwinge den Mitgliedern keine politische Meinung auf. Zum Beweis der Berechtigung dieser Ansicht verliest Redner Stellen aus dem Korrespondenzblatt, aus denen hervorgeht, daß die „Verständigung“ nur auf dem Boden der Nürnberger Beschlüsse möglich ist. Dismann verteidigt dies, gibt also die Stuttgarter Beschlüsse preis. Solange dies Privatmeinung von Dismann, ist darüber weggesehen, schließt sich jedoch der Vorstand dieser Ansicht an, hält sich Redner verpflichtet, die Stuttgarter Beschlüsse zu vertreten. Auf der Siedendischen Konferenz habe er nichts weiter getan, als gesagt, die Genossen sollten für revolutionäre Betriebsräte eintreten. Das deutet sich mit dem Beschluss des Verbandstages. Ein weiterer Konflikt entstand durch die Artikel in Nr. 23 und 24 der Metallarbeiter-Zeitung über die Zusammenfassung der Betriebsräte. Die Frage war so akute, daß die Redaktion nicht warten konnte, bis es vielleicht einer höheren Instanz gefällig, sich zu äußern. Auch die in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung vertretene Ansicht deckt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung.

In weiteren Ausführungen verteidigt Redner seine Stellung gegenüber dem Angriff der A. G. und gegenüber den Ausführungen von Brandes über den Artikel in Nr. 14 des 13. März. Zur Einprägung der Nr. 16 der Metallarbeiter-Zeitung war der Vorstand jenseitig im Recht, da Haase als mein Redaktionskollege nachträglich zustimmte, doch war die Einprägung nicht notwendig. Die Arbeitsordnung der Unternehmer forderte zum schärfsten Protest heraus.

Zum Schluß seiner Ausführungen betont Redner, daß der Beirat kein Recht habe, ihn seiner Stellung zu entheben; er sei nur der Generalversammlung verantwortlich. Der Beirat könne die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes ändern oder aber bei den Beschlüssen der Stuttgarter Generalversammlung bleiben. Er habe bewiesen, daß er letztere verteidigt; für eine Schädigung der Organisation sei keinerlei Beweis erbracht.

Haase (Red.) weist darauf hin, daß das Verhältnis zwischen Vorstand und R. Müller unhaltbar sei und gibt dann eine Erklärung zu dem Einprägung eines Teils der Vorlage von Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung. Über die Betriebsrätefrage gehe er mit R. Müller nicht konform; seine Ansicht sei, daß die Gewerkschaften zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Räteproblems werden, während R. Müller die Gewerkschaften als „das Reiz betrachtet, in das der Ruch der Rätezentrale sein Ei legen laßt“.

Dismann: Es ist ein recht durchsichtiges Mandat, wenn vertritt wird, die Haltung des Vorstandes durch die Behauptung zu distanzieren, daß sie die Zustimmung der rechtsstehenden Kollegen gefunden. Wir gehen den Weg, den wir der Stuttgarter Verbandsrat gegenüber hat. Der Vorstand hat dabei die Aufgabe, die Kräfte zusammenzufassen, um die Organisation konsequent zu gestalten. Dabei ist es das R. Müller fortwährend in die Parade gefahren. Soweit die Zeitung grundsätzlich auf dem Boden des Stuttgarter Verbandstages steht, ist es nicht im Trams des Artikel zu über. Aber es geht nicht, daß man alles, was in der Zeitung steht, mit den Beschlüssen des Verbandstages deckt. In einer Sitzung mit Müller habe er ein einziges Mal nachgewiesen, daß gegen eine solche Minderheit nicht in beleidigendem Sinne polemisiert werden darf. Müller beschwert sich, weil wir ihm keine Schreihülfe stellen und sagt, für unangeordnete Arbeiten bin ich nicht angeht. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß vor Einprägung einer Schreibweise der Redaktion selbst keine Kraft voll zur Verfügung stellen muß und daß auch Schreib- und Registrierarbeiten der Redaktion nicht schadet. Nicht am Vorstand lag es, wenn Verhandlungen mit der Redaktion wiederholt präjudiziert oder aber, wenn sie stattfinden, durch früheres Begehren des Kollegen Müller nicht zu Ende geführt werden konnten. Die Vorstandsmitglieder haben auch der Redaktion stets zur Verfügung zwecks Orientierung über wichtige Fragen, Vorgänge usw. Redner versucht in weiteren Ausführungen richtigzustellen, was Müller über die ungenügende Orientierung durch den Vorstand hinsichtlich des Kupferarbeiterverbandes, der Handlungslehre des Gewerkschaftsbundes usw. an Beschwerden vorgebracht hat. Mich. Müller hat dem Vorstand vorgeworfen, daß er für die

Betriebsräte-Zeitschrift hinterherum einen Redakteur angestellt habe. Das ist unrichtig. Die Redaktion der Betriebsräte-Zeitschrift ist in Händen des Vorstandes; selbstverständlich ist, daß dieser die Arbeit nicht allein leisten kann, und daß wir neben allgemeiner Mitarbeit auch besondere Mitarbeiter für die verschiedenen Gebiete heranzuziehen müssen. Die Stellungnahme von Müller in dem Artikel in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung habe ihn zum Eingreifen gezwungen. Müller lege dem Beschluss des erweiterten Beirats falsch aus. Im Sinne unserer Verbandsratsbeschlüsse sind damals unsere Grundzüge fixiert worden, und es ist erklärt worden, daß als Betriebsrat jeder Landbezirk kann, der die Beschlüsse des Verbandsrats anerkennt.

Redner schildert die Vorgänge in der Sitzung des Gewerkschaftsausschusses; gegen die dort aufgestellten Richtlinien habe er gestimmt und gestimmt. In Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung schreibt Müller: „Über diese Zustände verlangen im gleichen Umfang von allen Gewerkschaftsmittgliedern die Anerkennung ihrer Nürnberger Beschlüsse und zwingen damit allen Gewerkschaftsmittgliedern ihre politische Ansicht auf. Das ist eine brutale Vergewaltigung politisch Andersdenkender.“ Diese Behauptungen waren falsch. Es handelte sich um die Nürnberger Richtlinien über Betriebsräte und um die Kernfrage, daß die Kandidaten durch die Gewerkschaften aufzustellen seien. — Wir hatten die Ehrenpflicht, auch dem Gegner gegenüber bei der Wahrheit zu bleiben, aus diesem Grund sei keine Erwiderung in Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung erfolgt. Der Vorstand kommt in die unhaltbare Situation. Von einer großen Minderheit verlangt er Disziplin und in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung behauptet R. Müller die Haltung der Berliner Gewerkschaftskommission, weil sie einen Mehrheitsbeschluss durchführt.

Die Stuttgarter Generalversammlung hat mit keinem Wort von einer gesonderten Stellung der Betriebsräte gesprochen; Müller kann also seinen Standpunkt nicht mit Beschlüssen der Generalversammlung rechtfertigen. Redner verliest Sätze aus dem Artikel „Vor der Entscheidung“ in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung und betont, daß, wenn der Verband das Fundament des Betriebsrätesystems darstellen soll, wir auch gemeinsam weiterbauen müssen. Wenn wir weiter mit zusehen, wie daraus hingearbeitet wird, die Betriebsräte zu einer besonderen Organisation zusammenzufassen, werden wir neben der Zerissenheit der Partei auch die der Gewerkschaft bekommen. Letzteres aber wäre das größte Unglück für die deutsche Arbeiterklasse.

Edert (Berlin): Die Schwierigkeiten, die Aufhänger in der A. G. bereitet werden, kommen von seinen eigenen Reuten, weil den Berliner Kopparbeitern nicht mehr klar ist, welche Stellung Aufhänger einnimmt. Zur Rätezentrale in Berlin ist zu sagen, daß, wenn diese „berichtigte“ Zentrale heute so angeordnet wird, sie doch wohl auf dem richtigen Weg sein wird. Redner kann nicht begreifen, warum die Tätigkeit Müllers mit seiner Unwesenheit in Stuttgart eingeschätzt wird. Redner mündert sich über die aggressiv abweisende Haltung Dismanns und hat, da Dismann den Weisfall der rechtsstehenden Kollegen findet, das Empfinden, daß Dismann die frühere Plattform seiner Politik verlassen hat. Die Berliner Kollegen stehen in ihrer großen Mehrzahl hinter der Metallarbeiter-Zeitung.

Lang, Ausschussvorsitzender: Die Debatte verläuft peinlich, doch muß bei Betrachtung der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung erkannt werden, daß sie manches geschrieben, was besser unterblieben wäre. Bei der Sitzung im Februar hat der Verbandsausschuss der Redaktion beauftragt, daß sie bemüht sein muß, in ihrer Schreibweise niemand persönlich zu nahe zu treten. Die Redaktion hat zweifelslos einen schweren Stand, da sie die Zeitung in einer Zeit übernehmen mußte, wo eine Reihe wichtiger Ereignisse aufstauete. Der Standpunkt des Ausschusses ist, daß die Zeitung die Intentionen des Vorstandes weitergeben, andererseits aber auch den Vorstand auf Fehler hinweisen muß. Eine generelle Teilnahme der Redaktion an den Vorstandssitzungen halten wir nicht für nötig, doch muß eine ständige Fühlung vorhanden sein und die Redaktion muß an Sitzungen teilnehmen, wenn grundlegende Fragen zu erörtern sind. Müller ist allem nach geistig mehr bei der Betriebsrätezentrale als bei uns. Diese hat sicher der Arbeiterklasse wichtige Dienste geleistet, heute hat sie ihre historische Aufgabe erfüllt und ist überflüssig geworden.

Mich. Müller hat inzwischen zwei Anträge eingereicht, die befragen:

1. Der erweiterte Beirat ersucht den Vorstand, zu jeder Sitzung des Gesamtvorstandes ein Mitglied der Redaktion zwecks Information zuzuziehen. Des weiteren ist der Vorstand verpflichtet, die Redaktion auf alle wichtigen Vorgänge aufmerksam zu machen.

2. Der erweiterte Beirat erwartet von der Redaktion auch weiterhin eine klare und scharfe Vertretung der von der letzten Verbandsgeneralversammlung aufgestellten Grundzüge.

May Müller, Vorstandsvorsitzer, spricht über die Verhandlungen mit dem russischen Genossen Schlapnikoff, dessen Äußerungen in den Streit zwischen Vorstand und Redaktion hineingezogen worden sind. Schlapnikoff habe mit keinem Wort von Dismann gesagt, daß er konterrevolutionär sei, sondern gegenüber rechtssozialistischen Gewerkschaftsführern bemerkt, wer nicht auf Seiten der revolutionären Arbeiter steht, steht auf der andern Seite und ist konterrevolutionär.

Ziska (Berlin): Ein Teil der Kollegen, die die Mehrheit auf dem letzten Verbandstag bildeten, befinden sich im Zweifel darüber, ob der Vorstand die an ihn getrapften Erwartungen erfüllt hat. Die Berliner Kollegen fürchten, daß der Vorstand in das Bahnhäuser jurückerlehrt ist, daß der letzte Verbandstag verworfen hat. In Berlin ist man der Ansicht, daß die Redaktion ihre Schuldigkeit getan hat im Sinne der Verbandsratsbeschlüsse.

Schliestedt: Die Gegensätze zwischen Mich. Müller und dem Vorstand rühren in der Hauptsache von der geringen Praxis Müllers im Gewerkschaftsleben her. Als Leiter einer großen Verwaltung würde Mich. Müller bald andere Ansichten bekommen. Zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe gehört mehr als „Revolution!“ brüllen. Auch der Vorstand ist, wie die Berliner, unbefriedigt; auch der Vorstand wünscht manche Aufgabe erledigt, aber die Verhältnisse sind stärker als die Menschen. Es ist absolut unrichtig, daß wir im alten Bahnhäuser festhalten wollen, aber wir haben keine Schweißlappen an und unterlassen Schlagmispolitik. Vom Weg weichen wir nicht ab, aber keiner von uns kann die gesamte Gewerkschaftsbewegung in wenigen Monaten so umgestalten, daß alle Wünsche erfüllt sind.

Dismann gibt als Vorwissen bekannt, daß der Vorstand nunmehr den erweiterten Beirat ebenfalls eine Resolution unterbreitet, nachdem Kollege Mich. Müller im Laufe der geistigen Verhandlungen zwei Anträge eingebracht hat. Die Resolution folgt am Schluß des Verhandlungsberichts.

Rößler (Halle): Bei Berücksichtigung der Verhältnisse müssen wir zugeben, daß der Vorstand nicht mehr tun konnte, als geschehen ist. Denn es zutrifft, daß Mich. Müller kein Praktiker ist, dient dies zur Entschuldigung, wenn nicht, ist es unverantwortlich, wie Mich. Müller arbeitet. Der Artikel in Nr. 18 (Unternehmensfreiheit) hätte große Verwirrung verursacht, wenn er unter die Kollegen gekommen wäre.

Vorhöfger (Stuttgart): Wir haben keine Freude an der Debatte, wie einzelne meinen, denn die Sache schadet der Allgemeinheit. Doch sich der Vorstand nach rechts orientiert hat, haben wir noch nicht finden können. Wenn es Müller auch jemand behauptet, er handelt trotzdem nicht nach den Verbandsratsbeschlüssen. Die M. A. Z. ist nichts als ein fortgesetztes Konglomerat von Flüchtigkeiten; sie muß mehr auf die wirtschaftlichen Verhältnisse eingehen, für die geselligen Verhältnisse. An Ansichten Müllers ist die Zeitung nicht da. Diese gehen dahin, daß die Gewerkschaften gezwungen werden müssen, sich der Betriebsrätezentrale anzupassen. Der Artikel „Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale“ distanzieren den Vorstand in unerhörter Weise. Die Leser der M. A. Z. sind nicht zu geschuld, die Leser etwas anderes aus den Zeilen, als was Müller hier darstellt. Durch den Artikel muß die Meinung entstehen, daß der Vorstand nicht für die Organisation arbeitet. Die Berliner reden von revolutionärem Geist; fürs Aufsteigen gibt Redner nichts, in Süddeutschland wird uns Berlin fleiß „um die Ohren geschlagen“. Die Berliner sollten anders revolutionär als mit dem Mund. Es ist nicht ausfindiggebend, daß die Berliner die M. A. Z. lesen, die Kernfrage ist: Welches Unglück wird angerichtet im Land durch die Artikel? Wir arbeiten für die Organis-

tion, aber die Zeitung wirkt uns „Knüppel zwischen die Beine“.

Werner (Frankfurt a. M.): In der Brust Müllers wohnen zwei Seelen: die eine ist in der Betriebsrätezentrale in Berlin, die andere in der Redaktion in Stuttgart.

Müller (Berlin): Die vom Vorstand vorgelegte Resolution zwingt mich zum Stehen. Durch die Annahme derselben wird der Streit nicht aus der Welt geschafft und mir Berliner können nicht dafür stimmen.

Deitlinghaus (Evelberg): Berlin ist nicht Deutschland. Wenn wir den Forderungen der Berliner in allen Teilen Rechnung tragen, dann erfolgen in anderen Gebieten Unannehmlichkeiten.

Zeitner (Berlin): Der von Brandes und Dilmann angeführte Ton läßt die Ansicht aufkommen, daß eine befriedigende Erledigung der Sache nicht möglich ist.

Dilmann: Vorstand und Ausschuss waren übereinstimmend der Ansicht, daß es in diesem Stadium der Weltgeschichte falsch wäre, wenn wir uns politisch nicht betätigen.

Kaulfers (Magdeburg) äußert sich zunächst zu den Anspielungen von Zeitner über die parlamentarische Tätigkeit der Vorstehenden und bemerkt zu der Resolution Müller, daß sie nicht das Richtige trifft.

Schulenburg (Karlsruhe): Wir sind die ersten, die zu einer Verständigung die Hand bieten. Aber dazu braucht man zwei. Daß die Streitigkeiten in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommen müssen, ist tief bedauerlich.

Leber (Leipzig): In der Materie müssen die realen Sachverhältnisse berücksichtigt werden. Müllers Theorien sind ein Zukunftsgebilde und er verleiht sich darauf, dieses Gebilde gegenwärtig aufzupropfen.

Müller (Leipzig): In der Materie müssen die realen Sachverhältnisse berücksichtigt werden. Müllers Theorien sind ein Zukunftsgebilde und er verleiht sich darauf, dieses Gebilde gegenwärtig aufzupropfen.

Müller (Leipzig) betont zunächst nochmals seine wiederholten Verständigungsversuche mit dem Vorstand und verwahrt sich dagegen, daß er als Schlichter der Arbeiterbewegung hingestellt wird.

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. In seinem Schlußwort verwahrt sich Brandes zunächst gegen den Vorwurf der Stimmungsmache. Er hatte die Pflicht, dem erweiterten Beirat zu zeigen, wie außerordentlich dem Vorstand seine Arbeit erschwert werde.

Müller sagt, nicht die Betriebsrätezentrale soll über den Gewerkschaften stehen, sondern das Räteystem. Das ist doch Wortflauberei. Die Propaganda von Müller für das Räteystem verurteilen wir nicht, wie Müller sagt; wir propagieren es auch, da wir das System für einen der wichtigsten Faktoren für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung halten.

Müller sagt, nicht die Betriebsrätezentrale soll über den Gewerkschaften stehen, sondern das Räteystem. Das ist doch Wortflauberei. Die Propaganda von Müller für das Räteystem verurteilen wir nicht, wie Müller sagt; wir propagieren es auch, da wir das System für einen der wichtigsten Faktoren für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung halten.

räte, um Müller Gelegenheit zu geben, gegen den Vorstand weiteres Material vorzubringen.

Der Vorstand hat seine Resolution noch verschärft, und zwar so, daß er die Konsequenzen ziehen müsse und ziehen werde.

Nach Beendigung der Beratungen über die Resolution des Vorstandes, die auf Antrag eine namentliche war, die Annahme der Vorstandesresolution erfolgte mit 45 gegen 15 Stimmen (bei 8 Stimmenthaltungen).

Der Vorstand hat seine Resolution noch verschärft, und zwar so, daß er die Konsequenzen ziehen müsse und ziehen werde. Nach Beendigung der Beratungen über die Resolution des Vorstandes, die auf Antrag eine namentliche war, die Annahme der Vorstandesresolution erfolgte mit 45 gegen 15 Stimmen (bei 8 Stimmenthaltungen).

Der erweiterte Beirat billigt die Haltung des Vorstandes, die derselbe unter Wahrung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages gegenüber der Haltung des Kollegen Müllers, der Redakteur unserer Verbandsorgans ist, eingenommen hat, und verlangt, daß die Redaktion der M. Z. den Vorstand in seiner Haltung unterstützt.

Der erweiterte Beirat nimmt Kenntnis von der Erklärung des Vorstandes, in besonderen Sitzungen mit der Redaktion alle Fragen zu besprechen, die eine gemeinsame Aussprache von dem einen oder anderen Teil erwünscht erscheinen lassen.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

Der Vorstand hat dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert für seine Haltung zur Wahrung der Stuttgarter Verbandsstageschlüsse gegenüber dem Redakteur Müller.

welter eine wesentliche Einschränkung der Meinungsfreiheit der Redaktion, die zum Sprachrohr des Vorstandes herabgewürdigt wird, während sie ein selbständiges, vom Vertrauen des Verbandstages getragenes Organ ist und sein muß.

Nachdem der erweiterte Beirat der Resolution des Vorstandes zugestimmt hat, sehe ich mich gezwungen, die Redaktion der M. Z. niederzulegen.

Zwingen mich diese sachlichen Differenzen zu diesem Schritt, so werden dieselben noch vermehrt durch persönliche. Der Vorsitzende Brandes hat mit unehrlicher Kampfesweise gegenüber dem Vorstand vorgeworfen. Ich habe niemals den Vorstand weder in Versammlungen, Sitzungen, soweit es nicht Vorstandssitzungen selbst waren, noch in der Zeitung angegriffen, trotzdem ich dazu nach meiner Auffassung Veranlassung hatte.

Dieses Verhalten des Vorstandes, der auf eine Anfrage, was er mit der Resolution beabsichtigt, durch den Vorsitzenden Dilmann erklären ließ, daß damit Müller als Redakteur entlassen werden solle.

Dieses Verhalten des Vorstandes gegen mich wird noch besser beleuchtet durch den zweiten Absatz der Resolution, indem behauptet wird, ich sei Vorsitzender der Betriebsrätezentrale in Berlin, über meine Redaktionsstätigkeit nicht in Stuttgart aus und widmete meine Kraft nicht der Redaktion.

Ich habe nachgewiesen, daß ich nicht Vorsitzender der Betriebsrätezentrale bin und daß die Tätigkeit, die ich dort ausübe, genau so zu bewerten ist wie die, welche Dilmann in der politischen Partei ausübt.

Ich habe weiter nachgewiesen, daß ich noch mehr im Interesse der Organisation tätig sein wollte, indem ich die Redaktion der Betriebsräte-Zeitschrift übernehmen wollte, was mir aber vom Vorstand verweigert worden ist.

Durch diese Verhältnisse gezwungen, schreibe ich mit dem heutigen Tage aus der Redaktion der M. Z. aus. Ich weiß, daß die Vorgänge, die mein Ausscheiden veranlassen, den Unwillen mancher Kollegen erregen werden.

Ich möchte an diese Kollegen die Bitte richten, sich nicht zu unüberlegten Handlungen verleiten zu lassen, sondern auch weiterhin der Organisation die Treue zu bewahren und zu deren Kräftigung beizutragen. Unsere Organisation und die übrigen Gewerkschaften im Sinne unserer letzten Verbandsstageschlüsse umzugestalten, kann und wird nur gelingen, wenn wir in den Gewerkschaften verbleiben und alle Hindernisse, die sich der Revolution entgegenstellen, überwinden helfen.

Vorstehende Erklärung Müllers fordert zum entschiedenen Widerspruch heraus. Dem Artikel wurde Raum gegeben, um nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, die Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe etwas zu verschweigen oder müßte die Kritik Müllers fürchten.

Die Vorwürfe, die gegen den Vorstand erhoben werden, sind so schwerer Natur, daß eine unzügliche Verantwortung durch den Vorstand erfolgen wird, vorläufig sollen hier nur einige grobe Schickselheiten richtiggestellt werden.

Kollege Müller behauptet, der Vorstand habe dem erweiterten Beirat eine Resolution unterbreitet, in der er ein Vertrauensvotum fordert. Demgegenüber ist folgendes festzustellen: Die Einberufung des erweiterten Beirats erfolgte auf Wunsch und Antrag des Kollegen Müller.

Zu gleicher Zeit unterbreitete er verschiedene Anträge, somit war der Vorstand auch verpflichtet, seine Meinung in einer Resolution niederzulegen, welche nach Lage der Dinge vom Beirat angenommen wurde. Nicht der Vorstand wollte ein Vertrauensvotum, sondern Müllers wollte sich ein Verhör geben, und als es ihm verweigert wurde, trat er schmähtend zur Seite.

Es muß hier festgestellt werden, daß der Vorstand des D. M. V. der Schriftleitung keinerlei Vorschriften über ihre Schreibweise gemacht hat. Sämtliche Kritiken und Anregungen von Seiten des Vorstandes, wie sie einigemal stattgefunden haben, können nicht als Angriffe in die Rechte der Schriftleitung angesehen werden.

Das Märchen über die eingekerkerte Metallarbeiter-Zeitung wird im nachfolgenden Artikel richtiggestellt werden. Die Differenzen mit der Schriftleitung haben ihren Ursprung im Verhalten Müllers. Auf dem Verbandstag, als Müller zum Redakteur vorgeschlagen wurde, stellte er die Bedingung, die Schriftleitung nach Berlin zu verlegen, ein Ansuchen, das selbstverständlich abgelehnt wurde, da es technisch gar nicht durchführbar ist.

Zudem wurde von allen Gewählten verlangt, spätestens am 1. Januar die Tätigkeit in Stuttgart aufzunehmen. Trotz der Ablehnung seiner Bedingung nahm Müller die Wahl an, blieb aber seiner gestellten Forderung treu, er über die Redaktion in Berlin aus. Aus diesem Verhalten entstanden für die Redaktion Schwierigkeiten, da eine Verständigung über Taktik und Bewegung im D. M. V. nahezu unmöglich war.

Alle Versuche des Vorstandes, den Kollegen Müller zu veranlassen, seine volle Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen, scheiterten. Als in einer Vorstandssitzung der Kollege Brandes von Müller forderte, sich zu entscheiden, entweder Metallarbeiter-Verband Stuttgart oder Rätezentrale Berlin, umging Müller die Antwort dadurch, daß er die Sitzung sofort verließ und erklärte, er habe jetzt eine Konferenz mit Funktionären, könne der Sitzung demnach nicht mehr länger beiwohnen. So hat sich dies unerträgliche Verhältnis hingehandelt.

Die Arbeit in der Redaktion blieb dem andern Redakteur überlassen, da Müller auch in einer Sitzung erklärte, er lehne es ab, bürokratische Arbeiten zu machen. Die Anstellung einer Hilfskraft für die Redaktion lehnte wiederum der Vorstand unter diesen Verhältnissen ab, da er es nicht vor den Kollegen verantworten konnte, eine Stelle doppelt zu besetzen. So drängte es zur Entscheidung, Kollege Müller hat sich nunmehr entschieden, und zwar für die Rätezentrale Berlin. Sein Aufbruch ist nur das Traurige, um das die Mitarbeiter auf Haupt zu brüllen.

Die letzte Mahnung Müllers an die Kollegen, sich nicht zu unüberlegten Handlungen verleiten zu lassen, spricht für sich selbst. Wenn der Vorstand die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages verlassen hätte, so war es die Pflicht Müllers, den Kollegen im Sinne zu sagen, wo der Vorstand gefehlt hat, alle Kollegen im Sinne dem Kollegen Müller dafür dankbar gewesen. Er hat es nicht getan, da ihm für seine Behauptungen die Beweise fehlten. Niemand hätte ihn hindern können, mit der Wahrheit heraus zu kommen, er ist ja vom Verbandstag eingesetzt worden als Hüter der Arbeit des Verbandstages und nur diesen war er verantwortlich. Wenn er die Redaktion freiwillig niederlegte, so war, da es seines Sache nicht sicher war.

Wenn Kollege Müller behauptet, er lehne es ab, bürokratische Arbeiten zu machen, so wird er sehr wenig Gläubige finden. Der Erfolg wäre nur gewesen, daß eine Einrichtung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mehr in den Dienst der Rätezentrale Berlin gestellt würde, oder die Zeitschrift wäre zu Gunsten des Arbeiterrates Berlin veranlagt worden.

Die Metallarbeiter-Zeitung wird in nächster Zeit unter schwerem Angriffen zu leiden haben, und nur dadurch, daß ausgesprochen wird, was ist, kann volle Klarheit geschaffen werden. Die Metallarbeiter-Zeitung wird durch das Ausscheiden Müllers nicht von ihrem Inhalt einbüßen, sie wird noch wie vor den Kollegen eine Stütze in ihrem wirtschaftlichen Kampfe sein und im Sinne der Verbandsstageschlüsse für die Rechte der Metallarbeiter eintreten.

Der Vorstand (schreibt) zur Erklärung des Kollegen Müllers folgendes: Schon in der Sitzung des erweiterten Beirat trat Kollege Müller die gleichen unrichtigen Darstellungen vor. Doch die Vorstandsvertreter wiesen in dieser Sitzung nach, wie es in Wirklichkeit mit den tatsächlichen Verhältnissen des Kollegen Müllers steht, und so brach dort sein einseitiges Parteilichsein sehr bald zusammen.

Kollege Müller betont, daß er die auf dem letzten Verbandstag angenommene Resolution entworfen habe. Davon ausgehend, glaubt er nun, auch der richtige Interpret der Resolution zu sein, und verurteilt seine Propaganda für die Bildung einer selbständigen Betriebsräteorganisation mit den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages zu begründen. Diese selbständige Betriebsräteorganisation soll ein überparteiliches Gebilde werden, analog einem Beschluß der Reichskonferenz der Betriebsräte, der am 24. und 25. Oktober voriger

Schon in der Sitzung des erweiterten Beirat trat Kollege Müller die gleichen unrichtigen Darstellungen vor. Doch die Vorstandsvertreter wiesen in dieser Sitzung nach, wie es in Wirklichkeit mit den tatsächlichen Verhältnissen des Kollegen Müllers steht, und so brach dort sein einseitiges Parteilichsein sehr bald zusammen.

Kollege Müller betont, daß er die auf dem letzten Verbandstag angenommene Resolution entworfen habe. Davon ausgehend, glaubt er nun, auch der richtige Interpret der Resolution zu sein, und verurteilt seine Propaganda für die Bildung einer selbständigen Betriebsräteorganisation mit den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages zu begründen.

